

9.54

Abgeordneter Andreas Ottenschläger (ÖVP): Herr Präsident! Herr Vizekanzler! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuseherinnen und Zuseher! Zu Herrn Kollegen Zinggl: Sie haben es richtig gesagt: Wer arbeitet, soll nicht der Dumme sein; deswegen haben wir auch in einem ersten Schritt die Bezieher kleiner Einkommen entlastet und wollen, wenn wir das Mandat dafür bekommen, in einem weiteren Schritt die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die Unternehmer in diesem Lande weiter entlasten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn wir über soziale Treffsicherheit sprechen, dann frage ich mich schon: Was macht beispielsweise der größte Wohnungsbesitzer in Europa, nämlich die Stadt Wien? Apropos soziale Treffsicherheit: Wenn wir Gemeindewohnungen auf Airbnb finden, jemand diese also teuer untervermietet und sich somit auf Kosten der Allgemeinheit ein Zusatzeinkommen verschafft *(Zwischenruf der Abg. **Becher**)* oder wenn wir Gemeindewohnungen auf Willhaben finden, dann frage ich mich: Wo ist die soziale Treffsicherheit, meine Damen und Herren? *(Beifall bei der ÖVP.)*

Frau Kollegin Rendi-Wagner, Sie sprechen im Wahlkampf sehr oft über Solidarität. *(Zwischenruf des Abg. Klaus Uwe **Feichtinger**.)* Warum sollen Gutverdienende, die eine Gemeindewohnung oder eine Sozialwohnung haben, nicht ab dem Zeitpunkt, ab dem sie besser verdienen, aus Solidarität mit denjenigen, die diese Wohnung wirklich brauchen, einen Beitrag leisten? Wir sagen ja nicht, dass sie ausziehen sollen, sondern sie sollen einen Beitrag leisten, denn eine Gemeindewohnung ist eine steuerfinanzierte Sozialleistung und die soll nicht missbraucht werden. *(Beifall bei der ÖVP. – Zwischenruf bei der SPÖ.)*

Reden wir einmal über Leerstand! Frau Kollegin Becher, Sie haben selber die ÖBB-Wohnungen erwähnt: Wissen Sie, seit wann da mehr als 2 000 Wohnungen leer stehen, nicht renoviert werden? – Seit zehn Jahren! Seit zehn Jahren stehen 2 000 Wohnungen, Wohnraum für mehr als 5 000 Menschen, leer, und da wird nichts gemacht, da wollen wir weiter zuschauen? – Das ist auf jeden Fall nicht unser Weg. *(Beifall bei der ÖVP. – Zwischenruf der Abg. **Becher**.)*

Ein weiteres, besonderes Schmankerl: Es gibt ja die Wohnbaugenossenschaft der Eisenbahner, Sie alle kennen die Causa Haberzettl. *(Neuerlicher Zwischenruf der Abg. **Becher**.)* Wissen Sie, was das Interessante ist? – Wenn Sie auf die Homepage schauen, sehen Sie: Bei dieser gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaft sind eigentlich nur frei finanzierte Wohnungen in Bau befindlich, teilweise zum Preis von über 7 000 Euro

pro Quadratmeter. (*Zwischenruf des Abg. Deimek.*) – Ist das die soziale Treffsicherheit, ist das der soziale Wohnbau, den Sie sich vorstellen? – Wir uns nicht. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Wir sind dafür, dass gebaut wird und dass sozial Bedürftigen Wohnraum zur Verfügung gestellt wird, und wir sind nicht für eine Privatisierung dieser politischen Kernaufgabe. Sie wollen das quasi eins zu eins den Privaten umhängen und glauben, damit den richtigen Weg zu finden. Wir glauben das nicht. Wir glauben, es ist Aufgabe der Politik – unsere Aufgabe –, dafür Sorge zu tragen, dass diejenigen, die Unterstützung brauchen, sie auch tatsächlich bekommen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

9.57

Präsident Mag. Wolfgang Sobotka: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Jarolim. – Bitte.